

24**82**

Union in Deutschland

Bonn, den 19. August 1982

Das ist die Alternative

Seit Jahren hören die Bürger unseres Landes den Spruch, zur Politik der SPD/FDP-Koalition in Bonn gebe es „keine Alternative“; die CDU/CSU stelle jedenfalls eine solche Alternative nicht dar. Prüft man diesen Spruch auf seinen Wahrheitsgehalt, so wird offenbar, daß es sich bei der Behauptung, die Union sei „keine Alternative“ zur „sozial-liberalen“ Bundesregierung, um ein propagandistisches Manöver handelt, mit dem eine heillos zerstrittene, handlungsunfähig gewordene und unser Land mittlerweile lähmende Regierung von den verheerenden Ergebnissen ihrer Politik ablenken will. Hierzu Helmut Kohl:

① Wie sieht es in der Außen- und Sicherheitspolitik aus? Wenn man heute in den Hauptstädten des Westens beunruhigt nach der Stetigkeit und Berechenbarkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und nach der Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungswillens fragt — dann muß sich vor allem die Partei des Bundeskanzlers anklagen, für diese Unruhe verantwortlich zu sein. Führende SPD-Politiker vermitteln der Öffentlichkeit immer wieder ein Bild, das nicht die hochgerüstete — und weiter aufrü-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ INFORMATION

Nulllösung muß Ziel bleiben

Seite 3

■ FINANZEN

22 Milliarden mehr an Steuern und Abgaben — und noch kein Ende

Seite 5

■ UMWELT

Nicht länger warten: Die Belastung der Umwelt muß teurer werden

Seite 7

■ KOALITION

Neuer Haushaltsentwurf erforderlich

Seite 9

■ BUNDESPARTEI

Union ist auch stärkste Partei bei den Jugendlichen geworden

Seite 11

■ POST

Nach Matthöfers Porto-Erhöhung starker Rückgang der Postsendungen

Seite 13

■ VERTEIDIGUNG

In den Schulen mehr über Frieden in Freiheit sprechen

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Die Vorverteidigung wird schwieriger werden grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

stende — Sowjetunion, sondern unsere Schutzmacht Amerika als die eigentliche Gefahr für den Frieden in der Welt erscheinen läßt. Führende SPD-Politiker — bis hinauf zum Bundeskanzler — sprechen auch von der Notwendigkeit einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion — mit jener Macht also, die unsere äußere und innere Freiheit gefährlich bedroht. Neutralistische Strömungen gewinnen in der SPD mehr und mehr an Boden. Der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 — eine der für das freie Europa wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre — findet in der Partei des Bundeskanzlers keine Mehrheit mehr.

Es gibt eine Alternative zu dieser Art „Sicherheitspolitik“: eine Alternative, die auf der Erkenntnis beruht, daß die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat nur dann eine Zukunft hat, wenn sie fest an der Seite der Vereinigten Staaten steht und ein integraler Bestandteil des westlichen Bündnisses bleibt. Wir leben vom Vertrauen derer, mit denen wir verbündet sind. Wenn dieses erschütterte Vertrauen endgültig in Mißtrauen umschlüge, wären die Fundamente unserer Freiheit und unserer Sicherheit fortschreitendem Verfall ausgesetzt. Dafür Sorge zu tragen, daß unserem Land Sicherheit in äußerer und innerer Freiheit erhalten bleibt, betrachtet die Union als ihren geschichtlichen Auftrag.

② Wie sieht es in der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik aus? Der

staatliche Schuldenberg wächst weiter an. Der Steuerdruck nimmt noch zu. Die öffentlichen Finanzen bleiben ungeordnet. Der Haushalt für 1983 steht auf einem Gerüst falscher Zahlen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt immer mehr in die Höhe und wird am Jahresende die 2-Millionen-Grenze erreichen.

Es gibt eine Alternative zur Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung: eine Alternative, die auf der Erkenntnis beruht, daß steigende Staatsverschuldung, ungelöste Probleme beim Staatshaushalt und neue Lasten bei Steuern und Abgaben die wirtschaftliche Talfahrt nur noch beschleunigen können. In einem Klima mangelnden Vertrauens kann die Wirtschaft nicht wachsen. Wir brauchen aber wirtschaftliches Wachstum, wenn wir der Massenarbeitslosigkeit wieder Herr werden und die Fundamente unserer sozialen Sicherheit erhalten wollen.

Der Weg, den die Regierungskoalition SPD und FDP in der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik gegangen ist, hat in eine Sackgasse geführt. In der Außen- und Sicherheitspolitik hat die Koalition Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Treue zum westlichen Bündnis und Zweifel an unserem Verteidigungswillen geweckt. An den Ergebnissen der Wahlen seit dem 5. Oktober 1980 ist abzulesen, was die Bürger in unserem Lande von der Formel halten, zur Politik der Regierungskoalition gebe es „keine Alternative“. Sie wählen mehrheitlich CDU und CSU und werden das weiterhin tun.

INFORMATIONEN

Null-Lösung muß Ziel bleiben

Starke Kräfte der SPD versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob die Genfer Verhandlungen mit dem Ziel einer weltweiten Null-zu-Null-Lösung für alle landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen beider Großmächte lediglich der Vermeidung der westlichen Nachrüstung dienen, wie sie von der NATO am 12. Dezember 1979 zur Wiederherstellung des euro-strategischen Gleichgewichts grundsätzlich beschlossen wurde.

Die Genfer INF-Verhandlungen dienen zwar auch diesem Ziel, aber nicht nur, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Merthes. Vielmehr ist die Null-Lösung als wesentlicher Schritt zur atomaren Abrüstung ein derart wesentliches Erfordernis politischer Vernunft und Ethik geworden, daß die amerikanisch-sowjetischen Gespräche mit diesem Ziel auch dann weitergeführt werden müssen, wenn es bis zum Herbst 1983 nicht zu befriedigenden Ergebnissen bei den Genfer INF-Verhandlungen kommen sollte, und wenn die für diesen Fall vorgesehenen Modernisierungsmaßnahmen der amerikanischen Mittelstreckenpotentiale aus Sicherheitsgründen leider eingeleitet werden müssen. Ihre volle Durchführung benötigt im übrigen fünf Jahre.

Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion zur Fortsetzung der Genfer INF-Verhandlungen auch nach dem Beginn der möglicherweise notwendig werdenden westlichen Nachrüstung bereit ist. Denn sie hat niemals ein Junktim zwischen ihren militärischen Maßnahmen und ihrer Abrüstungsdiplomatie hergestellt. Sie könnte

ein entsprechendes Junktim auch nicht ihrem amerikanischen Verhandlungspartner zumuten. Bisher hat sie es jedenfalls nie getan.

Die Chance wirksamer Friedenssicherung durch ausgewogene Abrüstung wird abnehmen, wenn die SPD die USA zeitlich und sachlich unter Druck setzen will. Die Chance des Friedensziels eindeutiger, ausgewogener und überprüfbarer Abrüstungsvereinbarungen wächst nur dann, wenn der Westen geschlossen an seiner überzeugenden Verhandlungsposition festhält. Zeitdruck seitens der SPD gefährdet sowohl die Ost-West-Abrüstung als auch unsere Sicherheit.

AEG zeigt, wie wenig belastbar die Wirtschaft noch ist

Dual, Videocolor, Bauknecht und nicht zuletzt der AEG-Konzern haben in den vergangenen 12 Monaten für Schlagzeilen gesorgt. Die Krise des AEG-Konzerns beruht sicherlich größtenteils auf konzerninternen Fehlentscheidungen, die bis in die 60er Jahre zurückreichen. Die Ausstattung des Eigenkapitals wurde im Zuge der Expansion ebenso sträflich vernachlässigt wie die Bildung von Pensionsrückstellungen. In wichtigen Schlüsselbereichen (Kernkraft, Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik) wurde der Anschluß an die technologische Entwicklung verpaßt. Hinzu kamen gravierende Fehleinschätzungen in wichtigen Markt Bereichen (Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik).

Ungeachtet der konzerninternen Fehlentscheidungen ist der Fall AEG jedoch ein weiterer Beleg für die gefährlichen Schwachstellen von Teilen unserer Wirtschaft, stellt MdB Theo Waigel fest. Eine Reihe ehemals leistungsstarker Unternehmen konnte in den vergangenen Jahren dem internationalen Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten. Unternehmensinterne Fehlentscheidungen wurden durch

eine falsche Weichenstellung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik verstärkt. Anstatt investitions- und wachstumsfördernde Rahmenbedingungen zu setzen, hat die Bonner Regierungskoalition in den vergangenen 10 Jahren die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft vor allem im Bereich der Lohnnebenkosten getestet; die Insolvenztatistik gibt das Ergebnis dieses Tests wieder. Mangels politischer Entscheidungsfähigkeit droht in wichtigen Bereichen, z. B. Kerntechnik, Kommunikationstechnik und Mikroelektronik, der Anschluß an die internationale Entwicklung verloren zu gehen. Die Grenzen der Belastbarkeit unserer Wirtschaft mit Steuern und Sozialabgaben sind längst erreicht.

Eingliederung nur im Kindesalter erfolgreich

Die Altersgrenze, bis zu der türkische Kinder von ihren in der Bundesrepublik lebenden Eltern nachgeholt werden können, sollte nach Ansicht der stellv. CDU-Vorsitzenden, Hanna-Renate Laurien, auf sechs Jahre herabgesetzt werden. „Je später türkische Kinder kommen, desto sicherer mißlingt ihre Eingliederung in die deutsche Gesellschaft“, sagte sie in Bonn.

Wer dafür plädiert, daß türkische Familien auch ihre 14- und 15jährigen Kinder noch nach Deutschland holen könnten, übersehe, daß diese Kinder trotz Fördermaßnahmen den Anschluß nicht mehr schafften. Wenn zur Zeit nur etwa 50 Prozent der ausländischen Kinder einen Schulabschluß erlangten, so hänge das von ihrer Aufenthaltsdauer in Deutschland ab: Wer früh gekommen sei, erreiche den Abschluß.

Wie Frau Laurien sagte, ist der Anteil der unter 15jährigen türkischen Kinder von 1979 mit 31 Prozent auf 46 Prozent im Jahre 1980 gestiegen. Die Hauptlast trage dabei die Hauptschule. Dreiviertel der Ausländerkinder blieben an der Haupt-

schule, zehn Prozent gingen zur Realschule, 16 Prozent auf das Gymnasium. Frau Laurien gab bekannt, daß in Berlin eine Schulgesetzänderung eingebracht worden sei, die den Anteil der ausländischen Kinder pro Klasse auf 30 bis maximal 50 Prozent begrenze.

Zum Bereich der beruflichen Bildung nannte Frau Laurien die Prognose, daß im Jahr 1980/81 rund 25 Prozent der Schulabgänger ausländischer Nationalität oder Herkunft sein würden. Der schulischen und beruflichen Bildung komme deshalb ein besonderer Stellenwert zu. „Auf eine kurze Formel gebracht: Türken können die Facharbeiter von morgen werden.“

Hier sei allerdings besonders in den türkischen Familien noch eine erhebliche Aufklärungsarbeit zu leisten, damit dem „fatalen Hang, die Kinder zum schnellen Geld bei ungelernter Arbeit zu drängen“, entgegengearbeitet werden könne. Schätzungsweise 57 Prozent der Ausländer in der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren hätten in den letzten Jahren überhaupt keine berufliche Ausbildung erfahren.

Expertenkonferenz über Groß- und Kleinschreibung

Die Bundesregierung sollte sich nach den Vorstellungen des CDU-Abgeordneten Herbert Werner um eine Expertenkonferenz aus allen deutschsprachigen Ländern über Groß- und Kleinschreibung bemühen. Dabei müßten Empfehlungen für eine einheitliche Behandlung der deutschen Sprache beschlossen werden. Eine solche Konferenz sollte einseitigen Entscheidungen Ost-Berlins zuvorkommen. Da die Empfehlungen zur Einführung der gemäßigten Kleinschreibung ausführlich vom Zentralinstitut für Sprachwissenschaft in Ost-Berlin vorgestellt worden seien, müsse befürchtet werden, daß die DDR-Führung Veränderungen in der Rechtschreibung als weiteres Mittel zur Abgrenzung benutzen wolle.

FINANZEN

22 Milliarden mehr an Steuern und Abgaben – und noch kein Ende

Seit Beginn der Legislaturperiode vor noch nicht einmal zwei Jahren ist die SPD/FDP-Bundesregierung nur noch mit dem Stopfen immer neuer Haushaltslöcher beschäftigt. Eine Haushaltsoperation jagt die andere. Und entgegen allen Sparbetuerungen folgt eine Steuer- und Abgabenerhöhung der anderen, stellt der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Hansjörg Häfele, fest.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist schon zum 1. Januar 1982 um 1 v. H. auf 4 v. H. erhöht worden, eine weitere Erhöhung steht nunmehr bevor, obwohl die Bundesregierung schon bei der letzten Erhöhung versichert hatte, daß dies nur vorübergehend sei. Auch die Branntweinsteuer wurde bereits zweimal zum 1. April 1981 und zum 1. April 1982 angehoben. Mineralölsteuer, Schaumweinsteuer und Tabaksteuer wurden drastisch heraufgesetzt, Lohn- und Einkommensteuerverhöhungen wurden als Abbau von Steuervergünstigungen getarnt.

In der laufenden Legislaturperiode sind bisher schon über 16 Milliarden Mark Steuer- und Abgabenerhöhungen in Kraft getreten. Das gilt für das erste Jahr, in dem Gesetzesänderungen volle Wirksamkeit erlangen. Aber in den Haushaltslöchern sind diese Milliarden-Beträge verschwunden wie in einem Faß ohne Boden.

Für 1983 plant die Bundesregierung erneut die Steuer- und Abgabenlast um weitere 6 Milliarden Mark zu erhöhen. Die feierlichen Schwüre der Genscher-Wende-Briefe, jede weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast zu verhindern, sind vergessen.

Griff in die Rentenkasse

Die inzwischen kaum noch zu überblickenden Verschiebungen von Finanzmassen zwischen den einzelnen Trägern der Sozialversicherung dienen allesamt allein dem Ziel, es dem Bund zu ermöglichen, sich einer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber dem Sozialversicherungssystem teilweise zu entziehen. Leidtragende ist die Rentenversicherung, deren Kasse von Beitragszahlern und Rentnern durch höhere Abgaben wieder aufgebessert werden muß. Die Beiträge zur Rentenversicherung werden 1984 steigen (bereits beschlossen), und den Rentnern wird ein stufenweise bis 1986 um jährlich 1 v. H. steigender Krankenversicherungsbeitrag auferlegt. 1986 wird die Abgabenlast dann nochmals um 8 Milliarden Mark gewachsen sein, was der Rentenkasse zugute käme — wenn sich die Bundesregierung nicht in den Jahren ab 1984 daran wieder vergreift, wie sie es sich für 1983 bereits vorgenommen hat.

Im einzelnen errechnen sich die Steuer- und Abgabenerhöhungen dieser Legislaturperiode wie folgt:

Steuer- und Abgabenerhöhungen in dieser Legislaturperiode

	Entstehungsjahr ¹⁾	
	Insgesamt	Bund
	— in Mill. DM —	
A. Beschlossene Steuer- und Abgabenerhöhungen		
Mineralöl- und Branntweinsteuenerhöhung zum 1. April sowie Verkürzung des Zahlungsaufschubs bei der Branntweinsteuer	3 852	3 852
Steuererhöhungen im Subventionsabbaugesetz	883	350
Höhere Postablieferung (Telefonsteuer)	1 270	1 270
Steuererhöhungen im Zweiten Haushaltsstrukturgesetz (Steuererleichterungen gegengerechnet)	1 726	936
Branntwein- und Schaumweinsteuenerhöhung zum 1. April 1982, Tabaksteuenerhöhung zum 1. Juni 1982, Aufhebung der Mineralölsteuerfreiheit für Probeläufe von Ausfuhrmotoren (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1982)	2 833	2 833
Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 v. H. ab 1. Januar 1982	5 650	5 650
Zusammen	16 214	14 891
B. Für 1983 beabsichtigte Steuer- und Abgabenerhöhungen		
Steuererhöhungen im Entwurf des Steueränderungsgesetzes 1983 (Kappung der Vorsorgepauschale für nicht rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer; Beschränkung der Splittingwirkung; Erhöhung der pauschalierten Lohnsteuer bei Direktversicherungen und Zuwendungen an Pensionskassen; Ausschluß des Ausgleichs bestimmter ausl. Verluste)	1 225	523
Steuererhöhung durch Änderung der Einkommensteuer-richtlinien (Erhöhung des privaten Nutzungsanteils betrieblicher Pkw)	800	320
Erneute Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,5 v. H. ab 1. Januar 1983	3 000	3 000
Krankenversicherungsbeitrag der Rentner in Höhe von 1 v. H. ab 1. Januar 1983	1 300	1 300 ²⁾
Zusammen	6 325	5 143
C. Beschlossene und für 1983 beabsichtigte Steuer- und Abgabenerhöhungen		
Insgesamt	22 539	20 034

¹⁾ in den ersten 12 Monaten der vollen Wirksamkeit entstehende haushaltsmäßige Auswirkung

²⁾ entsprechende Kürzung des Bundeszuschusses an die RV in 1983

■ UMWELTSCHUTZ

Nicht länger warten: Die Belastung der Umwelt muß teurer werden

Die Zerstörung unserer Umwelt nimmt dramatische Formen an. Der hohe Säuregehalt des Regens gefährdet — nach überwiegender Ansicht der Fachwissenschaften — unsere Böden, Gewässer und Wälder. Achtzig Kilogramm Schwefel gehen pro Jahr durchschnittlich auf einem Hektar Land in der Bundesrepublik Deutschland nieder, stellt Heiner Geißler fest.

Die Auswirkungen sind katastrophal. Mehr als zwei Drittel der deutschen Nadelwälder sind krank. Tannen und Fichten sterben. Allein in Baden-Württemberg sind 52 000 Hektar Wald betroffen, in Hessen sind es 50 000 Hektar und in Bayern ein Drittel der gesamten Waldfläche. Auch die widerstandsfähigen Laufwälder, die uns Sauerstoff schenken, sind betroffen. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Wälder auch bei uns — wie heute schon in der Tschechoslowakei — bald flächenweise tot sein.

Diese Gefahr bedroht die ökonomischen Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung, und sie bedroht die ökologischen Lebensgrundlagen von uns allen.

Wir müssen jetzt handeln. Wir können nicht länger warten. Daß die Ursache-Wirkung-Zusammenhänge noch nicht vollständig geklärt sind, darf kein Alibi werden für schwere politische Unterlassungsünden. Kein Arzt wartet tatenlos auf weitere medizinische Forschung, derweil der Patient stirbt. Wir müssen die Umweltforschung intensivieren, und wir müssen die Umweltschutznormen verschärfen.

Ich sehe darin eine politische Aufgabe ersten Ranges. Der Umweltschutz muß endlich seinen Platz und seinen Rang innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft finden. „Gesunde Umwelt“ ist ein knappes Gut. In der Marktwirtschaft sind knappe Güter teuer. Der „Preis“ für die Belastung der Umwelt war bisher zu billig, und so war und ist es ökonomisch vernünftig, die Umwelt zu belasten, und ein umweltfreundliches Verhalten war vielfach unvernünftig. Das ist eine verkehrte, eine tödliche Logik. Sie ist die Folge nicht der Marktwirtschaft, sondern einer verfehlten Politik.

Das darf nicht so bleiben. Härtere Umweltschutznormen müssen den Preis für die Belastung der Umwelt heraufsetzen und so den Produzenten veranlassen, die Emission von Schadstoffen möglichst gering zu halten. Je höher der Preis ist für die Belastung der Umwelt, desto lohnender ist die Erfindung und Anwendung umweltschonender Technologien. Der Staat muß die Anreizeffekte so setzen, daß sich die menschliche Erfindungskraft zugunsten der Umwelt auswirkt. Der technische Fortschritt, der sich solange gegen die Umwelt gerichtet hat, kann so in ihren Dienst gestellt werden.

Mehr Umweltschutz durch mehr Marktwirtschaft

Wirtschaft und Industrie umzustellen auf eine umweltverträgliche Produktion ist die ökologische Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft. Ökologie und Ökono-

mie müssen keine Gegensätze sein, so wenig wie soziale Sicherung und wirtschaftliche Freiheit. Beide bedingen sich einander:

— es ist sittlich nicht erlaubt, um ökonomischer Interessen willen die Umwelt zu zerstören. Eine Marktwirtschaft, die dies täte, würde sich ihrer eigenen Legitimation berauben;

— nur eine leistungsfähige Wirtschaft kann ökologische Belange berücksichtigen;

— wer die Umwelt zerstört, zerstört damit langfristig auch die ökonomischen Lebensgrundlagen der Menschen;

— nicht nur der Umweltschutz, auch die Beseitigung von Umweltschäden (etwa in der Land- und Forstwirtschaft) kostet Geld;

— die Umstellung der Wirtschaft auf eine umweltverträgliche Produktion wird auch belebende Wirkung haben und jene Innovationen fördern, von denen wir morgen leben werden.

Grundsatzprogramm der CDU und Regierungspolitik

Die CDU hat in ihrem Grundsatzprogramm dem Schutz unserer Umwelt eine große Bedeutung beigemessen. Das Grundsatzprogramm hat die vier traditionellen Ziele der Wirtschaftspolitik ergänzt um „die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens“. Und weiter heißt es: „Wo Wachstum zu einer unvertretbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.“ Die herausragende Bedeutung des Umweltschutzes wird auch die politischen Entscheidungen einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung bestimmen. Die CDU sieht in der Aufgabe, die Umwelt zu schützen, auch eine Herausforderung an die eigene Partei.

Internationale Abmachungen

Härtere Umweltnormen in unserer nationalen Volkswirtschaft müssen unsere Außenwirtschaft keineswegs gefährden. Aber es kann sein, daß wir uns entscheiden müssen: für etwas weniger Wohlstand in Form materieller Güter und für etwas mehr Wohlstand in Form einer heilen Umwelt. Man kann eine Mark nicht zweimal ausgeben.

Der Schutz der Umwelt erfordert internationale Abmachungen. Als erster Schritt sind EG-einheitliche Regelungen notwendig. Darüber hinaus müssen wir zu Umwelt-Verträgen mit der DDR, der Tschechoslowakei und anderen osteuropäischen Staaten kommen. Auf diese Weise könnte sich auch die Europa- wie die Ostpolitik wieder Themen zuwenden, die für die Menschen unmittelbar erfahrbar sind.

Nötig: eine starke Regierung

Die Grünen wollen den Staat unregierbar machen; sie neigen zu Dirigismus und lehnen die Marktwirtschaft ab. Auf diese Weise werden sie die Zerstörung der Umwelt nicht verhindern, sondern nur beschleunigen. Härtere Umweltschutznormen kann nur eine starke und handlungsfähige Regierung durchsetzen. Die amtierende Bundesregierung ist an der ökologischen Herausforderung gescheitert.

Wir brauchen keine bürokratische Einzelsteuerung, sondern eine flexible Marktwirtschaft, die sich an neue Rahmendaten schneller anpaßt, wenn sie nur endlich klar und eindeutig gesetzt werden. Die ökologische Frage läßt sich nicht durch den Alternativ-Radikalismus der Grünen lösen. Als politisierte Bürgerinitiative können die Grünen die ökologische Frage schärfer artikulieren, aber es fehlt ihnen die politische Kraft, sie zu lösen. Dazu ist nur eine Volkspartei wie die CDU in der Lage, die auch die für die Durchsetzung der ökologischen Ziele notwendigen Mehrheiten schaffen kann.

■ KOALITION

Neuer Haushaltsentwurf erforderlich

Drei verantwortliche Minister der Bundesregierung — Westphal, Lahnstein und Graf Lambsdorff — haben in den letzten Tagen ganz offen von einer zusätzlichen Nettokreditaufnahme im Etat des Bundes für 1983 gesprochen.

Dies ist das klare Eingeständnis, daß der vorliegende Haushaltsplan überholt ist, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger. Dennoch hat Minister Lahnstein erklärt, die Bundesregierung wolle diesen Entwurf Mitte September im Deutschen Bundestag einbringen. Es ist offensichtlich ihre Absicht, bis zur Wahl in Hessen am 26. September den Bürgern eine „heile Welt“ vorzugaukeln und erst danach mit der traurigen Wahrheit herauszurücken. Die CDU/CSU wird dies nicht akzeptieren.

Sie warnt zugleich den Bundeswirtschaftsminister davor, der SPD im Blick auf die Neuverschuldung im nächsten Jahr einen Blankoscheck auszustellen. Wenn Graf Lambsdorff im selben Atemzug die Haushaltsbeschlüsse Schritte auf dem Weg zu einer Politik nennt, „die bei Investoren und auf den Finanzmärkten Vertrauen einflößt und den Zinssenkungsprozeß wieder in Gang bringt“, so ist dies geradezu grotesk. Das Gegenteil ist richtig: Es geht noch mehr Vertrauen verloren, und die Zinsen werden erneut in die Höhe getrieben. Wer heute noch höhere Schulden das Wort redet, programmiert für morgen eine weitere Verschlimmerung der Millionenarbeitslosigkeit.

Antiamerikanismus vom Kanzler selbst gefördert

Bundeskanzler Helmut Schmidt trifft nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Manfred Wörner, „die volle Verantwortung“ an den Beschimpfungen von US-Präsident Ronald Reagan durch SPD-Politiker wie Peter Glotz und Oskar Lafontaine. Er sprach von einer „Kanzleramtsstudie“, die immer deutlicher mit ihren Antiamerikanismus den Kurs bestimme. Nicht nur, daß der Kanzler die Entgleisungen seiner Parteifreunde kritik- und kommentarlos hinnehme, sondern er habe selbst die Richtung gewiesen, als er mehr und mehr die USA bei seinen innenpolitischen und parteiinternen Schwierigkeiten „zum Sündenbock stempelte“. Nach Osten hin werde dagegen „Liebedienerei“ geübt.

Ablenkungsmanöver USA-Schulden

Regierungsmitglieder, allen voran Bundeskanzler Schmidt, werden nicht müde, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf das hohe Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt hinzuweisen. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz hat gar in der „Welt der Arbeit“ vom 1. Juli 1982 gesagt: „Der Haushaltsplan, den der amerikanische Präsident soeben mit viel Mühe durch den Senat gebracht hat, weist bei Ausgaben von knapp 770 Milliarden Dollar ein exorbitantes Defizit von präzise 103,9 Milliarden Dollar aus... Dieses Budget ist der Ausweis eines Scheiterns der neokonservativen Wirtschaftsphilosophie“.

Hierzu erklärte der CDU-Abgeordnete Bernhard Friedmann, Mitglied des Haushaltsausschusses:

Mit erhobenem Zeigefinger deutet er auf das Defizit von 103,9 Milliarden Dollar im Haushalt der US-Regierung 1982/83 hin.

Bezogen auf das Gesamtvolumen des amerikanischen Haushalts sind dies genau 13,5%. Im Vergleich dazu wird der Haushalt der Bundesregierung bei einem Haushaltsvolumen von 245 Milliarden DM in 1982 mit einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 33,8 Milliarden DM finanziert. Obwohl diese zugegebene Kreditaufnahme endgültig nicht ausreichen wird, finanziert Schmidt seinen Haushalt in Höhe von mindestens 13,8% über Schulden.

Würde man die Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften in beiden Ländern zur jeweiligen Haushaltssumme in Beziehung setzen, ergäben sich noch wesentlich ungünstigere Zahlen für die Bundesrepublik. Und dies nicht zum ersten Mal, sondern seit vielen Jahren.

Familienpolitisches Entwicklungsland

Der pauschale Vorwurf der Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Anke Fuchs, die Bundesrepublik Deutschland sei kinderfeindlich, ist falsch. Nicht unser Land ist kinderfeindlich, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit, MdB Hermann Kroll-Schlüter, sondern unsere Bundesregierung. Seit Jahren werden zum Beispiel die Mütter, die sich ausschließlich ihrer Familie und der Erziehung ihrer Kinder widmen, benachteiligt. Die SPD/FDP-Regierung vernachlässigt sie sträflich gegenüber erwerbstätigen Frauen. Beständig werden die Familien in unserem Land mit immer höheren Steuern und Abgaben belastet. Familienpolitisch ist die Bundesrepublik Deutschland ein Entwicklungsland.

Glötz räumt schwere Fehler der Regierung ein

SPD-Geschäftsführer Peter Glötz hat nach dem Urteil verschiedener CDU/CSU-Politiker schwere Fehler und das

Versagen der Bundesregierung in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eingeräumt. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, und der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, bezogen sich mit dieser Einschätzung auf die Glötz-Aussage, die derzeitige Krise seiner Partei sei auch darauf zurückzuführen, daß sie sich zu lange nicht richtig auf die sozialpolitischen Folgen der Wirtschaftskrise eingestellt habe.

Deutschen unter fremder Herrschaft helfen

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat am 6. Juli zwei Große Anfragen „Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa“ und „Zu Fragen der deutschen Heimatvertriebenen im Geltungsbereich des Grundgesetzes“ eingebracht. Damit will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wie die Abgeordneten Dregger und Czaja dazu erklärten, eine vom Bundestag und Bundesregierung gemeinsam getragene Bilanz über die Lage von vier Millionen Deutschen unter fremder Herrschaft erstellen. Die letzte gemeinsame Darstellung der Lage der Deutschen unter fremder Herrschaft hat es im sogenannten Jaksch-Bericht 1961 gegeben.

Seither hat sich ihre Situation erheblich verschlechtert. Der Druck zur Zwangsassimilation dieser Deutschen ist sehr stark gewachsen, ihre Ausreisefreiheit ist erheblich eingeschränkt. Über 600 000 Aussiedlungsanträge sind seit Jahren unerledigt geblieben. 36 Jahre nach dem Kriegsende hat das Bundesverfassungsgericht Ende 1981 den fortdauernden, gegen diese Deutschen gerichteten schweren Vertreibungsdruck festgestellt. Die Hoffnungen der KSZE-Folgekonferenz haben getrogen.

■ BUNDESPARTEI

Union ist auch stärkste Partei bei den Jugendlichen geworden

Das Interesse der Jugend an dem Gespräch mit der CDU ist gewachsen. Dies dokumentiert ein Zwischenbericht über die Aktivitäten der CDU im Gespräch mit der Jugend seit dem Hamburger Parteitag. Die Erfahrungen und Beobachtungen aus den Kreisverbänden der CDU, die sich in diesem Bericht niederschlagen, bestätigen Erkenntnisse von Landtagswahlergebnissen und Umfragen dieses Jahres, wonach die Union jetzt auch die stärkste Partei bei den Jugendlichen geworden ist, erklärt CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

Nach der repräsentativen Wahlstatistik war die CDU bei den niedersächsischen Landtagswahlen mit 40,8 Prozent die stärkste Partei bei den 18- bis 25jährigen. Laut FAZ vom 6. Juli 1982 liegt die Union bei den 18- bis 29jährigen laut Allensbach bundesweit bei 37 Prozent, die SPD bei 30 Prozent, die FDP bei 10 Prozent, die Grünen bei 21 Prozent. Erfahrungen aus der Parteiarbeit und jüngere Daten der Wahlforschung erlauben es somit, von einem beginnenden Trend bei der Jugend in Richtung CDU zu sprechen.

Das Signal von Hamburg fand ein vielfaches Echo

Die in der Dokumentation dargestellte Fülle der Parteiaktivitäten zeigt, daß der Hamburger Parteitag der Auftakt für einen intensiven und kontinuierlichen Dialog der

CDU mit der Jugend geworden ist. Die Partei hat auf allen Ebenen das Gespräch in Gang gesetzt. Der Bundesvorsitzende Helmut Kohl und der Generalsekretär Heiner Geißler, die im November 1981 auf dem Hamburger Parteitag alle in der Partei aufgefordert hatten, dem Beispiel der Bundespartei zu folgen und das Gespräch mit den jungen Mitbürgern zu suchen, sind selbst mit gutem Beispiel vorgegangen.

Helmut Kohl und Heiner Geißler standen im Mittelpunkt vieler Veranstaltungen mit Jugendlichen in den Gliederungen der Partei.

So hat der Bundesvorsitzende Helmut Kohl allein auf 50 Veranstaltungen das Gespräch mit der Jugend gesucht. Hierunter fallen Diskussionen an Universitäten, mit Schulklassen, auf Jugendforen, in Diskussionskreisen von Kirchen und Gewerkschaftsjugend sowie mit Jugendvertretern freier Verbände.

An der Parteibasis wurde mit großem Einfallreichtum eine Fülle von Formen entwickelt, um das Gespräch mit der Jugend zu führen:

- Über 20 offene Parteitage auf Kreisverbandsebene nach dem Muster des Hamburger Parteitags;
- über 50 Diskussionsveranstaltungen verschiedener Art — vom Friedensforum bis zum Jugendkongreß und Tag der Jugend;
- Hunderte von Veranstaltungen auf der Ebene der Stadt- und Gemeindeverbände;

— für alle CDU-Bundestagsabgeordneten gehört es längst zu ihrem Veranstaltungskalender, Gespräche mit Jugendlichen zu suchen;

— auch die Vereinigungen der CDU, insbesondere die Junge Union, haben sich mit offenen Veranstaltungen verstärkt um das Gespräch mit den Jugendlichen bemüht;

— Veranstaltungen wie Workshops, Jugendseminare, Jugendfestivals, Jugendtreff und -schnack, Berufsinformation, Jugend spricht — Politiker hören zu, Wo Schüler der Schuh drückt, Montagsgespräch mit der Jugend illustrieren die Vielfalt der durchgeführten Veranstaltungen, die in der Dokumentation aufgeführt sind.

Die angesprochenen und diskutierten Themen sind die bekannten Themen der Jugend: Frieden, Dritte Welt, Wirtschaftsentwicklung, Schule, Umwelt, Jugend und Staat.

Ein neuer Sinn für Realität

In dem Gespräch mit den jungen Erwachsenen hat die CDU die Erfahrung gemacht, daß bei der Jugend ein neuer Sinn für Realität entsteht, der die Aufgeschlossenheit gegenüber sachbezogenen Standpunkten wachsen läßt und die Grundlage für die Diskussion zwischen der Partei und der Jugend werden kann.

In diesem gewachsenen Problembewußtsein sehen viele Teilnehmer an diesen Gesprächen mit der Jugend den Ansatz zu einer weiteren Annäherung zwischen der CDU und der Jugend. Die politische Herausforderung für die CDU im Gespräch mit der Jugend liegt bei interessierten jungen Menschen in Fragestellungen, die von den Grünen und Alternativen ausgehen, sowie andererseits in dem weitverbreiteten Desinteresse, das große Teile der deutschen Jugend noch immer gegenüber Politik und Parteien hegen. Mit beiden Gruppen wird das künftige Gespräch geführt werden. Für die Union ist

es dabei ein hoffnungsvolles Zeichen, daß viele Jugendliche bei der Suche nach einer eigenen politischen Meinung mehr und mehr auch die Union befragen. So konnten in den erfaßten Veranstaltungen im ersten Halbjahr 15 000 Jugendliche auf den verschiedenen Veranstaltungen angesprochen werden.

Im Gespräch mit der Jugend werden Politiker getestet und provoziert

Die Erfahrungsberichte aus den Kreisparteien der CDU zeigen: Das Gespräch mit der Jugend ist keine Idylle. Die Politiker werden getestet und provoziert. Wer mit der Jugend sprechen will, muß mehr können, als die in parteipolitischen Arbeit erlernten Formalien der Diskussion zu beherrschen. Ob im großen oder im kleinen Kreis, das Gespräch zwischen Jugendlichen und Politikern wird sehr stark atmosphärisch bestimmt. Wie offen, diskussionsbereit, einfallsreich, tolerant und glaubwürdig ein Politiker ein solches Gespräch bestreitet, ist entscheidende Grundlage dafür, ob er mit den jungen Menschen ins Gespräch kommt. Viele Politiker aus den Kreisparteien berichten, daß sie ihren politischen Kommunikationsstil geändert haben, nämlich geduldig zuzuhören und verständlich zu antworten.

Das Gespräch mit der Jugend wird fortgesetzt

Die Dokumentation „Die CDU im Gespräch mit der Jugend“ dient vor allem zur Anregung und Vorbereitung weiterer Gespräche mit der Jugend an der Parteibasis. Die CDU hat sich dabei vorgenommen, diese Gespräche in noch kleinere Kreise, insbesondere in die Ortsverbände, hineinzubringen. Außerdem wird empfohlen, den jungen Menschen entgegenzugehen und mit ihnen in Jugendzentren, Schulen, Vereinen, kirchlichen und gewerkschaftlichen sowie freien Gruppen zu sprechen.

■ POST

Nach Matthöfers Porto-Erhöhung starker Rückgang der Postsendungen

Die Erhöhung des Portos für Briefe, Karten und Päckchen um bis zu 33 Prozent, mit welcher der heutige Bundespostminister Matthöfer als damaliger Bundesfinanzminister die marode Bundeskasse mit aufbessern wollte, hat sich nach ersten Erkenntnissen als Eigentor erwiesen, stellt MdB Dieter Weirich, Mitglied des Bundestagsausschusses für das Post- und Fernmeldewesen, fest.

Aus Kreisen der Deutschen Postgewerkschaft und auch von Zustellern ist zu hören, der Rückgang von Postsendungen sei zu spektakulär, als daß er alleine mit der Ferienzeit zu erklären wäre. Der Post-Slogan „Schreib mal wieder“ wird von den Bürgern angesichts der drastischen Verteuerungen als ein zynischer Tip Matthöfers empfunden.

Wirtschaftsunternehmen, gemeinnützige Verbände oder private Vereine, pflegen beispielsweise äußerste Zurückhaltung mit Mitglieder-Rundschreiben. Das Selbstabholen von Nachrichten auf den Geschäftsstellen ist wieder modern geworden. Private Paketdienste freuen sich über den Zugang der Kunden, die über die Post verärgert sind.

Matthöfers Preispolitik ist aber auch ein Stück inflationäres Gift. Daß es zu keiner wirkungsvollen Dämpfung des Preisanstiegs kommt, liegt an der preistreiberischen Rolle des Staates. Die durchschnittlich 30,4prozentige Anhebung der Postgebühren schlägt sich im Preisindex für die private Lebenshaltung ebenso nieder wie die Anhebung der Tabaksteuer,

die zu Verteuerungen in diesem Bereich von 32,7 Prozent geführt hat.

Für den Ärger der Postkunden muß man Verständnis aufbringen, erklärt MdB Bernhard Friedmann zum gleichen Thema. Allerdings wird die Bundespost, auf die sich der Ärger konzentriert, weitgehend zu Unrecht zum Prügelknaben abgestempelt. Seit Anfang vergangenen Jahres muß nämlich die Bundespost 10 Prozent ihres Umsatzes an ihren „Eigentümer“ Bund abliefern. Zuvor waren es noch 6½ Prozent. In konkreten Zahlen heißt dies, daß die Post in diesem Jahr rund 4 Mrd. an den Bund abliefern muß, während es nach dem alten Satz „nur“ 2,7 Mrd. gewesen wären. Obwohl die „saftig“ ausgefallene Gebührenerhöhung der Bundespost in diesem Jahr rund 1 Mrd. DM Mehreinnahmen bringt, werden damit die höheren Ablieferungen der Post an den Bund, die sich auf 1,3 Mrd. belaufen, nicht wettgemacht.

Das Postporto hat damit zu einem erheblichen Teil steuerähnlichen Charakter erhalten. Mit jeder Briefmarke, die der Postkunde heute kauft, wird er indirekt für die Schuldenlast des Bundes zur Kasse gebeten. Das Postporto ist zu einer Sondersteuer geworden. Nun mag hiergegen eingewendet werden, daß die Bundespost angesichts ihrer Ertragslage trotz der höheren Ablieferung auf eine Gebührenerhöhung hätte verzichten können. Die Gewinnentwicklung hat jedoch eindeutig fallende Tendenz. Es ist nicht auszuschließen, daß die Bundespost bereits in zwei bis drei Jahren wieder in die Verlustzone gerät.

■ VERTEIDIGUNG

In den Schulen mehr über Frieden in Freiheit sprechen

Es ist ein Skandal, daß im freiheitlichsten Staat, den die Deutschen je hatten, an den staatlichen Schulen wenig oder nichts über die Notwendigkeit der Verteidigung dieser Freiheit, über die Notwendigkeit der Landesverteidigung gelehrt wird. Sichtbaren Ausdruck findet dieser Skandal im offensichtlichen Unvermögen der Kultusministerkonferenz, sich auch nur über eine gemeinsame Empfehlung zum Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung“ einigen zu können, stellt MdB Markus Berger (Lahnstein) zur Einbringung einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU über die Behandlung des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung“ im Schulunterricht fest.

Angesichts von rund 60 000 Wehrdienstverweigerern pro Jahr, überwiegend Absolventen höherer Schulen, müssen wir fragen, wieso eigentlich diejenigen, welche die staatlichen Bildungsförderungen am meisten in Anspruch nehmen, am wenigsten bereit sind, etwas für die Erhaltung der freiheitlichen Existenz unseres Staates beizutragen.

1971 hat der damalige Verteidigungsminister Schmidt gesagt: „An manchen Gymnasien scheint es zum guten Ton zu gehören, auf die eine oder andere Weise den Wehrdienst zu vermeiden oder zu umgehen. Von dieser Feststellung können auch manche Lehrer nicht ausgenommen werden.“

1981 hat der amtierende Verteidigungsminister Apel verschreckt durch die Erfahrung gewaltsamer Demonstrationen sogenannter friedliebender Kreise gegen die Bundeswehr die KMK gebeten, in den Schulen mehr über diese Zusammenhänge informieren zu lassen.

Der damals amtierende Vorsitzende der KMK, der rheinland-pfälzische Kultusminister Gölter, hat zusammen mit seinem baden-württembergischen Kollegen sehr zügig einen Entwurf für eine diesbezügliche Beschlußempfehlung vorgelegt. Sein Pech war, daß die Linken diesen von großer Sachlichkeit getragenen Entwurf als „Wehrkundeerlaß à la DDR“ denunziert haben. Außerdem sahen sich die Kultusminister von Hessen und Nordrhein-Westfalen zu einem Gegenentwurf veranlaßt, der die schon 1971 von Helmut Schmidt beklagte Verweigerungshaltung im nachhinein auch noch ethisch zu rechtfertigen versuchte.

Von der Opposition mit Hilfe einer Kleinen Anfrage über die Inhalte der notwendigen Erziehung zum Frieden in Freiheit bedrängt, in der Erwartung, daß dann die KMK vielleicht doch noch zu einer vernünftigen gemeinsamen Empfehlung zusammenfinden könnte, ging der Verteidigungsminister auf Tauchstation. Die Kulturhoheit der Länder dürfe von ihm nicht angetastet werden, war seine Entschuldigung.

Doch ist unbestreitbar die Bundesregierung für die Voraussetzungen und für die Durchsetzung ihrer Sicherheitspolitik verantwortlich. Und wenn statt Zehntausender bald Hunderttausende den Wehrdienst verweigerten, wäre der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf ihre beiden Komponenten

- Verteidigungsfähigkeit und
- Überwindung der Spannungsursachen die Basis entzogen. Frieden und Freiheit würden angesichts der sowjetischen Bedrohung akut gefährdet.

Zur Sache:

Auf die Plätze - fertig - arbeitslos?

So werden junge Menschen um ihre Zukunft betrogen:

– Im Juli 1982 waren 168.700 Jugendliche unter 20 Jahren als arbeitslos registriert. Das sind 46 % mehr als im Jahr zuvor.

– Nach den Ferien brauchen 660.000 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Der Bedarf ist groß, aber das Angebot ist knapp. Laut Minister Engholm bewerben sich bereits zwei Jugendliche auf eine freie Lehrstelle.

Die Bundesregierung droht, man müsse die Wirtschaft "drücken und zwiebeln", um jungen Menschen zu Arbeitsplätzen zu verhelfen.

Soll das ein Rezept sein?

Jeden Tag gehen doch Arbeitsplätze verloren, weil die Wirtschaft erdrückt wird durch die wirtschaftspolitische Unfähigkeit dieser Regierung. Wo sollen denn die monatlich 1.000,- DM Ausbildungskosten pro Lehrling herkommen, wenn der Staat nicht einmal seinen eigenen Haushalt in Ordnung bringen kann und damit jede vernünftige Planung in der Wirtschaft lähmt?

Die CDU fordert ein klares Konzept zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit:

1. Wir brauchen eine wirtschaftspolitische Kurswende. Investitionshemmnisse müssen beseitigt werden. Nur eine gesunde und freie Wirtschaft kann genügend Lehrstellen anbieten.

2. Unsinnige Vorschriften haben viele Ausbildungsplätze verhindert oder vernichtet. An die Ausbildung in der gewerblichen Wirtschaft werden Anforderungen gestellt, die weit höher liegen als bei staatlichen Ausbildungsplätzen. Diese Vorschriften müssen fallen!

3. Das Angebot an Ausbildungsplätzen könnte leicht **verdoppelt** werden, wenn

im Wege der Ausbildungsplatzteilung ein freier Platz auf zwei Auszubildende aufgeteilt würde. Dieses Verfahren würde keine großen Schwierigkeiten machen, da sich die Lehrlinge zwischen Betriebspraxis und Berufsschule jeweils abwechseln könnten.

4. Der ausbildenden Wirtschaft muß durch ein Programm zur Förderung der betrieblichen Ausbildung die notwendige Hilfe gegeben werden, um auch in Zeiten ungünstiger Ertragslage jungen Menschen eine berufliche Chance bieten zu können.

Wir brauchen eine Regierung mit neuen Ideen und mit neuer Kraft.

Darum: auf die Plätze - fertig - CDU!

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Genschers Kurs

Walter Scheel gilt als der Autor des Wortes, die Gemeinsamkeiten in der sozial-liberalen Koalition seien aufgebraucht. Nun macht es Hans-Dietrich Genscher zu seiner Sache, diese präzise Ahnung mit den Details der Gegenwart zu belegen. In einem Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk tat er es Punkt für Punkt. Der FDP-Vorsitzende, von Natur ein Mann mit Bedacht, hat die Deckung verlassen. Die Auseinandersetzung um Hessen und zwangsläufig auch um Bonn ist eröffnet.

Es gibt kein Feld auf dem Schachbrett der aktuellen Politik, wo Genscher nicht gegen die Sozialdemokraten setzte. Der rüde Ton Börners und die kleckernde Sprache von Glotz mögen den äußeren Anlaß darstellen. Im Kern geht es aber um die Sache: um den Haushalt 1983, wo Genscher dem vom DGB blockierten Kanzler den letzten Ausweg höherer Staatsverschuldung verlegt; um die Ordnung der gefährdeten Wirtschaft, wo Genscher dem Paläo-Sozialismus höherer Steuern, höherer Sozialabgaben und größerer Wirt-

schaftsbürokratie entgegentritt; und schließlich geht es um die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, um die Beziehung zu den USA, vor deren Belastung in leichtfertig geführten Wahlkämpfen Genscher leidenschaftlich warnt.

Diese Tagesordnung ist nicht nur auf das Datum Hessen beschränkt, denn sie umfaßt die Hauptpunkte der deutschen Politik und des auf Ausbruch sinnenden sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Wenn die große öffentliche Debatte darüber am Main einmal begonnen hat, kann man sie am Rhein nicht abbrechen, als bedeute sie nichts.

Systematisch wird der Vorrat an Konfliktstoffen ausgebreitet, der sich in den Verwirrungsjahren der Bonner Koalition in den regierenden Parteien angesammelt hat. Es ist vorbei mit der alten Mehrheit, auch wenn Genscher die „neue Mehrheit“ (mit der Union), die er annimmt, in einigen seiner Antworten auf die hessische Veranstaltung beschränkt.

Der FDP-Vorsitzende weiß, daß er mit aller Energie kämpfen muß und daß es für den Erfolg keinen Ersatz gibt. Die Freien Demokraten laufen ein hohes Risiko. Es kann die Dynamik herausfordern, die das Land politisch verändert. Die Welt, 16. 8. 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-1. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mullenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D